



**P e t i t i o n**

*zusätzliche Informationen*

*(Achtung! Das Dokument wird nur zuverlässig aktuell angezeigt, wenn keine Notizen oder Markierungen getätigt worden sind.)*

**Gegenstand:**

E-Petition „Dresden erarbeitet ein Programm gegen Obdachlosigkeit“

**zuständige Stadträtin/zuständiger Stadtrat:**

Herr Stadtrat Drews und Herr Stadtrat Colditz

**Unterstützer der Petition:**

(eine namentliche Prüfung und ggf. Dopplung der Mitzeichnungen online sowie auf Listen oder Karten wird nicht geprüft bzw. erst bei einer ggf. vorliegenden Sammelpetition von 10.000 Unterschriften entsprechend § 20 Absatz 3 Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden)

Datum	Gesamtanzahl Unterschriften* (ePetition; Postkarten; Liste o. ä.) – ggf. ca.

\* Die Unterschriftlisten zu der Petition dürfen nach Rücksprache mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten aus Datenschutzgründen der Petition nicht beigefügt werden. Das Interesse der Unterzeichner am Schutz ihrer Daten überwiegt das möglicherweise bei Ausschussmitgliedern vorhandene Interesse zu wissen, ob die Unterzeichner z. B. auch in der Nähe des Petitionsgegenstandes wohnen. Um auch den Interessen der Ausschussmitgliedern Rechnung zu tragen, ist jedoch auch ohne formales Akteneinsichtsgesuch für die Ausschussmitglieder über die Schriftführung eine Einsichtnahme in die Unterschriftslisten möglich.

**Petitionstext (Kurzfassung – ausführliche Begründung -> siehe Petition):**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, langfristig:

1. den prozentualen Anteil an sozialem Wohnraum, sowohl bei neu zu bauenden Wohnungen, als auch bei Bestandswohnungen an den Anteil der bedürftigen Dresdener Bevölkerung anzupassen,
2. den Anteil auch nach 15 Jahren nicht zu verändern, wenn die Situation in der Stadt unverändert ist,

3. keinen weiteren Verkauf städtischer Flächen zuzulassen,
4. mögliche Flächen zurückzukaufen,
5. Privateigentümer von Wohnraum zu verpflichten, sich um diesen zu kümmern, ihn bewohnbar zu halten bzw. ihn wieder in bewohnbaren Zustand zu versetzen,
6. bei Nichterhalt des privaten Wohneigentums die Eigentümer, im Interesse der Allgemeinheit, im schlimmsten Fall zu enteignen,
7. "Ghettoisierung" zu vermeiden und sozialen Wohnraum dezentral in der Stadt zu verteilen,
8. Zwangsräumungen zu verhindern,
9. alternative Wohnprojekte und Initiativen (z. B. Mehrgenerationenwohnprojekte, Mietsyndikat) zu unterstützen,
10. weitere Trinkbrunnen in der Stadt (nicht nur im Zentrum) zu installieren,
11. das Housing-First-Prinzip in Dresden umzusetzen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig (Sofortmaßnahmen):

1. ungenutzte Container von früheren Erstaufnahmerichtungen umzunutzen, um dort Menschen ohne oder mit unzureichendem Wohnraum unterzubringen,
2. mehr Personal einzustellen in Einrichtungen, die hilfsbedürftigen Menschen helfen,
3. Dusch- und Waschmöglichkeiten kostenlos bereitzustellen, etwa in Schwimmhallen oder auch anderen öffentlichen Gebäuden,
4. Containern zu legalisieren,
5. ausreichend Anlaufstellen besonders in der kalten Jahreszeit zu schaffen, damit die Menschen sich menschenwürdig auch tagsüber dort aufhalten können,
6. psychologische Betreuung und ausreichende niederschwellige Wiedereingliederungsmöglichkeiten zu schaffen,
7. endlich den Duschbus einzuführen oder etwa Duschen an öffentlichen Waschräumen / Toiletten zu installieren,
8. im Rahmen der Beschlussfassung zum Bankkonzept für eine Stadtmöblierung zu sorgen, die auch den Bedürfnissen Wohnungsloser gerecht wird.

**Anlagenverzeichnis:**

E-Petition mit 417 Unterstützer/-innen

**Beratungsfolge:**

Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung	28.04.2021	nicht öffentlich	1. Lesung (beschließendes Gremium)
Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung		öffentlich	beschließend